

## DPG-Rundbrief – August II 2019

Lieber Leser, liebe Leserin,

nach einer Untersuchung hat man festgestellt, dass die Kenntnisse bei den Freunden und Sympathisanten von Israelis und Palästinensern eine sehr wichtige Rolle spielen. Während die so genannten „Israel-Freunde“ ausschließlich das Interesse Israels im Auge haben, berücksichtigen die so genannten „Palästina-Freunde“ beide Seiten und wägen deshalb besser ab.

**Bischof Hans-Jürgen Abromeit** kennt den Nahostkonflikt sehr gut und kann die Situation deshalb besser beurteilen und differenzierter bewerten als alle seiner Kritiker. Seine couragierte Haltung mit der deutlichen Ansage, dass es in Deutschland eine „Überidentifikation“ mit dem Staat Israel gäbe, wurde sofort kritisiert.

Abromeit sieht Überidentifikation der Deutschen mit dem Staat Israel



Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit. Foto: Allianzkonferenz

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. weist jegliche Kritik an Bischof Abromeit als Diffamierung zurück und fordert die Kritiker auf, sich besser mit den eigentlichen Ursachen zu befassen, die Israels Politik zu verantworten hat: Besetzung, Vertreibung, völkerrechtswidrige Annexion, Verletzung des Völkerrechts, Nichteinhaltung von Resolutionen und Vereinbarungen und Missachtung der Menschenrechte.

Mit diesem Rundbrief übermitteln wir den vollständigen Vortrag von Bischof Abromeit, damit jeder und jede für sich selber urteilen kann, was daran antisemitisch sein soll.

<https://www.idea.de/gesellschaft/detail/abromeit-sieht-ueberidentifikation-der-deutschen-mit-dem-staat-israel-109989.html>

### **Abromeit sieht Überidentifikation der Deutschen mit dem Staat Israel**

Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit. Idea 2.8.2019

Bad Blankenburg (idea) – Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald), hat dazu aufgerufen, im Israel-Palästina-Konflikt nicht nur die israelische Sichtweise wahrzunehmen. Er habe den Eindruck, dass etwa die palästinensischen Sicherheitsinteressen in den Diskussionen in Deutschland oft nicht richtig beachtet würden, sagte er am 1. August auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Er hielt ein Seminar zum Thema „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“. Laut Abromeit resultiert aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen infolge des Holocausts eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es werde bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat. Das führe aber zu einer Vermischung der theologischen und der politischen Ebene. Ferner werde das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels von deutschen Repräsentanten zur Staatsraison erklärt, so Abromeit. Da sich der israelische Staat als jüdischer Staat verstehe, folge daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.

### **Aussage „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ war eine Lüge**

Ferner äußerte sich Abromeit zum Zionismus. Bei der von Theodor Herzl (1860-1904) in seinem Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ entwickelten Idee handle

es sich um die jüdische Form des im 19. Jahrhundert zunehmenden Nationalismus. Herzl habe nicht religiös argumentiert und von vornherein homogene Siedlungsgebiete vor Augen gehabt. Der politische Zionismus knüpfe nicht an die Linie der alttestamentlichen Propheten an, so Abromeit. Diese hätten immer deutlich gemacht, dass Juden nie alleine im verheißenen Land gelebt hätten. Er halte es, so der Bischof, für einen Geburtsfehler des Zionismus, dass er diese biblische Linie nicht aufgegriffen, sondern stattdessen behauptet habe, das jüdische Gemeinwesen könne in einer ungenutzten Landschaft aufgebaut werden. Die Aussage „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ habe von Anfang an nicht gestimmt, sondern sei eine Lüge. So hätten auf dem Gebiet des heutigen Israels und der Palästinensergebiete 1852 17.000 Juden und 500.000 Araber gelebt. Die jüdische Bevölkerung habe somit vor 170 Jahren schätzungsweise nur 3,5 Prozent der Bevölkerung ausgemacht, sagte Abromeit. Bis zur Gründung des Staates Israel im Jahr 1949 sei sie durch mehrere Einwanderungswellen und die Shoah auf 650.000 angewachsen.

### **Mit Waffengewalt wird kein Friede einkehren**

Seit der Ermordung des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin (1922–1995) kurz nach der Unterzeichnung des Osloer Friedensabkommens (1993) habe sich die Situation permanent verschlechtert. Der Nahostkonflikt zeige, dass mit Waffengewalt kein Frieden einkehren werde. Die Zwei-Staaten-Lösung halte er für realpolitisch faktisch ausgeschlossen. Sie werde von allen westlichen Regierungen und offiziell auch vom Staat Israel hochgehalten, obwohl alle wüssten, dass sie nicht mehr machbar sei. Dafür müsste, so Abromeit, die heutige israelische Regierung etwa eine Million jüdischer Bürger umsiedeln, die in den „besetzten Gebieten“ wohnten. Er glaube, dass man den Mut haben müsse, über eine Ein-Staaten-Lösung nachzudenken. Da bestünden aber auch auf israelischer Seite Ängste. Denn wenn alle in einem Land lebten, werde die Zahl der Palästinenser in absehbarer Zeit größer sein als die der Israelis. Man könne nicht, „wenn man ein demokratischer Staat sein will“, auf der einen Seite durch die Siedlungspolitik Fakten schaffen und gleichzeitig dauerhaft den Menschen im Westjordanland unterschiedliche Rechte zugestehen. So dürften dort lebende Juden im Gegensatz zu den dort lebenden Palästinensern wählen.

### **Was für die Politik des Staates Israel nicht gilt**

Er frage sich, mit welcher Hoffnung Christen lebten: „Leben wir eher mit einer Hoffnung, dass doch durch kriegerische Auseinandersetzung der Friede herbeigeführt wird oder trauen wir dem Wort Jesu, dass dem Gewaltlosen am Ende das Land gehört, mehr zu?“ Natürlich müsse man solche biblischen Hoffnungen in Politik umdenken. Das führe über die biblische Vision hinaus und sei unglaublich kompliziert, so der Bischof. An der Frage, wie man bei dem Konflikt die Gemengelage aus Schuld, Verantwortung und Verpflichtung zwei Völkern gegenüber berücksichtigen kann, könne man eigentlich nur scheitern. In Israel finde zudem eine religiöse Aufladung des Handelns statt. Während sonst weltweit versucht werde, zwischen der Sphäre der Politik und der Religion zu unterscheiden, gelte das für die Politik des Staates Israel, etwa in der Siedlungspolitik, nicht. Christen sollten sich die neutestamentlichen Aussagen verdeutlichen, denen zufolge die religiöse Bindung eines Volkes an ein bestimmtes Land aufgelöst werde. Abromeit bezog dies auf Johannes 4, wo Jesus auf die Frage einer samaritanischen Frau, warum die Juden Gott in Jerusalem anbeteten, antwortet, dass Gott Geist sei und im Geist und in der Wahrheit angebetet werden müsse: „Die direkte Anbindung an einen geografischen Ort wird von Jesus gelockert, sogar aufgelöst.“ Das Gebet in Jerusalem zähle demzufolge nicht mehr als das an anderen Orten. Die Allianzkonferenz findet mit rund 1.700 Teilnehmern bis zum 4. August unter dem Thema „Hoch und Heilig“ statt. Im Mittelpunkt steht der Hebräerbrief.

Anmerkung der Redaktion: Die idea-Meldung über das Seminar von Bischof Abromeit hat in Medien und sozialen Netzwerken vielfach Beachtung gefunden. idea hatte die Meldung vorab an Bischof Abromeit zur Durchsicht geschickt. Er hatte außer zwei Präzisierungen keine Änderungen.

#### **04.08.2019 Nahostkonflikt**

**Abromeit: „Begegnungen zwischen den Parteien sind unverzichtbar“**

**Äußerungen über Deutschlands Verhältnis zu Israel von Hans-Jürgen Abromeit haben öffentliche Kritik hervorgerufen. Im Gespräch mit pro hatte er bereits im Vorfeld erklärt, wo er die Probleme im Nahostkonflikt sieht, wie er sich eine Friedenslösung vorstellt und welche Rolle Christen spielen**

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2019/08/04/abromeit-begegnungen-zwischen-den-parteien-sind-unverzichtbar/>

**Abromeit: „Begegnungen zwischen den Parteien sind unverzichtbar“**

Äußerungen über Deutschlands Verhältnis zu Israel von Hans-Jürgen Abromeit haben öffentliche Kritik hervorgerufen. Im Gespräch mit pro hatte er bereits im Vorfeld erklärt, wo er die Probleme im Nahostkonflikt sieht, wie er sich eine Friedenslösung vorstellt und welche Rolle Christen spielen.

**pro: Die Israelis wurden bis zuletzt immer wieder mit Terror konfrontiert durch Raketen-Hagel aus dem Gazastreifen. Inwiefern sehen Sie da die Palästinenser in der Pflicht, zum Frieden beizutragen?**

Hans-Jürgen Abromeit: Ein Frieden setzt immer voraus, dass beide Parteien diesen Frieden auch wollen. Außerdem muss es eine genügend große Anzahl von Menschen geben, die konkret an diesem Frieden arbeiten. Nach meiner Beobachtung, ich bin oft in Israel und Palästina, sind es auf beiden Seiten zu wenig Menschen, die wirklich Frieden wollen, auf Ausgleich bedacht sind und einen solchen Ausweg suchen. Das gilt für Palästinenser und Israelis. Die Israelis haben sich mit dem Status quo, der nicht ideal ist, aber irgendwie geht, arrangiert. Es wird auch viel verdrängt. Ich befürchte, dass sich im Gazastreifen eine Gefahrenlage aufbaut, die irgendwann einmal in den nächsten vielleicht fünf, sechs oder zehn Jahren explodieren wird. Da wird man wachsam sein müssen. Es handelt sich ja um die am dichtesten besiedelte Region der Welt. Vielleicht kommt es zu einer enormen Flüchtlingswelle nach Europa. Wo sollen die, die dort jetzt leben, sonst hin? Israel wird sie nicht aufnehmen wollen. Ägypten kann sie im Grunde nicht aufnehmen. Dann werden sie übers Meer gehen und irgendwann in Europa ankommen.

**Was würde dazu beitragen, diese Zahl der Friedenswilligen zu erhöhen?**

Ich glaube, Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen sind unbedingt notwendig. Ich nehme jedoch mit Trauer wahr, dass die Begegnungen von Israelis und Palästinensern in den letzten Jahren eher ab- als zugenommen haben. Aber es ist unverzichtbar, dass man sich begegnet. Man muss sich kennen, um Vertrauen aufzubauen. Vertrauen fällt nicht vom Himmel. Ich kann Vertrauen investieren, aber ich muss dann auch die Erfahrung machen, dass dieses Vertrauen auch bestärkt wird. Wenn auf einer bestimmten Stufe Vertrauen zueinander vorhanden ist, gehe ich einen weiteren Schritt. Es gibt kleine Versuche, bei denen das geschieht. Da leben Israelis und Palästinenser, Juden, Christen und Moslems in dem Moshav Neue Shalom zusammen. Sie machen positive Erfahrungen. Aber es gibt zu wenige, die sagen: „Wir wagen so etwas einmal. Wir schicken unsere Kinder gemeinsam in die gleiche Schule.“

Wenn es um das Zusammenleben beider Völker geht, gibt es die typische Bibelstelle in Hesekeil 47. Sie fordert dazu auf, einen Fremdling wie einen Einheimischen zu behandeln. Setzt dieser Text voraus, dass der Fremdling ein jüdisches Gemeinwesen wie ein Staat grundsätzlich anerkennt?

Ich glaube, dass die Frage zwei Bezugssysteme miteinander in Beziehung setzt, die wir erst einmal in ihrem jeweiligen Zusammenhang sehen müssen. Wenn ich jetzt dieses großartige, viel zu sehr vernachlässigte Worte aus Hesekeil 47 sehe, wo es ja um eine endzeitliche Vision für das Leben im Lande geht, dann muss man sagen: Dieser Text wird leider vernachlässigt. Wir hatten letztes Jahr das Buch Hesekeil in der ökumenischen Bibellese und just diese Verse wurden dort den Lesern nicht vorgeschlagen. Dabei enthalten sie wirklich ein sehr großes Hoffnungspotenzial. Sie sagen, dass Juden wie Nichtjuden Erbesitz im Lande erhalten sollen.

Das ist ein Wort aus dem Alten Testament und wir können es nicht ohne weiteres im Zusammenhang einer Gesellschaftstheorie für die Gegenwart sehen. Es ist auch nicht unreflektiert in die Gegenwart zu übertragen. Es bedeutet aber, dass der Prophet den nichtjüdischen, einheimischen Bewohnern Anteil am Land zuschreibt, Grundbesitz, der auch vererbbar ist. Damit sind die Nichtjuden, heute sind es die Palästinenser, volle Bürger. Daran müsste man arbeiten.

Wie das konkret aussehen könnte, hat am besten – auch wenn das schon wieder ein halbes Jahrhundert her ist – der zionistische, aus Deutschland stammende Philosoph Martin Buber zum Ausdruck gebracht. Er hatte die Idee eines binationalen Staates. Er hat sich im Zionismus damit nicht durchsetzen können. Aber ich denke, Martin Buber hatte eine großartige Idee. Er hatte verstanden: Nur wenn wir die Lebensbedürfnissen der anderen, der Araber, die in unserem Lande leben, befriedigen können, wird es eine dauerhafte Situation geben, in der beide Seiten gut leben können. Wir werden in dieser Hinsicht, die damals schon Buber vorschwebte, in Zukunft weiterarbeiten müssen. Dagegen wird man sagen müssen, dass – so schön das damals ausgedacht war – die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung tot ist. Die wird man wahrscheinlich nicht wieder zum Leben erwecken können.

**Was ist für Sie die greifbarste Lösung?**

Ich weiß, dass es für viele Einwohner Israels unvorstellbar ist, dass alle palästinensischen Bürger volles Bürgerrecht bekommen. Aber auch der Staat Israel wird für sich nicht Sonderrechte in

Anspruch nehmen können, sondern allen Einwohnern die gleichen Rechte gewähren müssen. Eben auch denen, die letztlich einen anderen Ursprung haben, die keine Juden sind. Ich hoffe, dass es beim Abwägen der unterschiedlichen Alternativen darauf hinauslaufen wird, dass es in Israel und Palästina am Ende einen demokratischen Staat geben wird, in dem alle Bürger – egal welcher Herkunft, egal welcher Religion – auch die gleichen Rechte haben.

Hans-Jürgen Abromeit hat in seinem Seminar bei der Allianzkonferenz die deutsche Staatsräson zu Israel kritisiert

### **Wie sieht es mit den Kirchen aus. Welche Rolle spielen die aus Ihrer Sicht?**

Ich hatte vor etwa zehn Jahren ein ganz interessantes Erlebnis. Während kirchlicher Feierlichkeiten lud der damalige palästinensische Premierminister Dr. Salam Fayyad, ein Technokrat, ausländische Bischöfe zu einem Empfang nach Ramallah in seinen Amtssitz ein. Wir haben ihn gefragt: Was kann die relativ kleine Zahl der Christen hier im Lande zu einer Konfliktlösung beitragen? Darauf hatte er sofort eine Antwort. Er ist Moslem. Aber er sagte: Es gibt doch ein Jesus-Wort. Diejenigen werden das Land besitzen, die gewaltlos vorgehen. Da habe ich gedacht: Was meint er da? Ich glaube, er hat an die Seligpreisungen der Bergpredigt gedacht. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Land besitzen. Dass ein Moslem Christen eine Aufgabe zuschreibt und sagt: Ihr Christen habt so etwas wie einen Auftrag, nämlich für Gewaltlosigkeit bei der Konfliktlösung zu sorgen. Das hat mich einerseits erfreut, auf der anderen Seite fast erschreckt. Wie soll die kleine Zahl der Christen das schaffen? Es ist immerhin eine große Würdigung und wichtige Funktion, die Christen damit übertragen wird. Im Grunde geht es ja darum, die Botschaft Jesu in diesem Konflikt zur Sprache zu bringen.

### **Wie ist die Situation der palästinensischen Christen?**

Die Zahl ist in den letzten Jahren prozentual noch mehr gesunken als absolut, weil der Anteil der muslimischen Palästinenser sich sehr stark vergrößert hat. Aber es sind auch sehr viele Christen ausgewandert. Wir müssen davon ausgehen, dass im Moment die palästinensischen Christen etwa nur 1,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen, absolut etwa 50.000. 40 Prozent davon sind griechisch-orthodox, 35 Prozent katholisch, unter den sonstigen gibt es auch Evangelische zum Teil in der anglikanischen, zum Teil in der lutherischen Kirche, zum Teil jetzt seit einigen Jahren in freien Gemeinden. Obwohl die Zahl der Christen klein ist, spielen sie doch eine vitale Rolle in der Region. Aber sie haben es nicht leicht und gerade die jungen Leute nicht. Das sehe ich mit Bedauern. Die jungen Leute verlassen häufig das Land. Das ist schade, weil sie so nicht die Möglichkeit haben, auch andere Impulse einzubringen, die sonst im Lande so nicht vorhanden sind.

Die Christen leben gehäuft im Süden von Jerusalem, im Raum Bethlehem. Dadurch bilden sie da auch eine durchaus stattliche Zahl, um etwas in der Gesellschaft zu bewegen, sich mit einzubringen. Sie haben stark unter Repressalien zu leiden. Die israelische Militäradministration macht keine Unterschiede zwischen Christen und Muslimen. Ich habe einen guten Bekannten, Daud Nassar, der hat von seiner Familie einen Weinberg geerbt. Er hat alle Urkunden und Dokumente, die das belegen. Trotzdem sind jüdische Siedler seit 20 Jahren dabei und versuchen, ihre Siedlung, die direkt neben diesem Weinberg liegt, um eben dieses Grundstück zu vergrößern. Das versucht Nassar unter Anwendung aller Rechtsmittel zu verhindern. Zusätzlich hat er gemeinsam mit seiner Frau ein großes, mehrsprachiges Schild am Zugang zu diesem Weinberg aufgestellt: „Wir weigern uns, Feinde zu sein.“ Der Konflikt ist so, dass jeder in eine bestimmte Rolle gedrängt wird. Wenn Christen etwas dazu beitragen können, aus diesen Rollen heraus zu kommen, dann sind das vielleicht nur kleine Ansätze, aber doch ganz wichtige, solche, die am Ende bedeutend sind. „Wir weigern uns, Feinde zu sein.“ Mir scheint, dieser Satz ist eine Anwendung der zitierten Seligpreisung aus der Bergpredigt.

### **Was möchten Sie Ihren Seminarteilnehmern auf der Allianzkonferenz mitgeben?**

Ich werde keine Appelle aussenden. Wir müssen aber gerade als Deutsche einsehen, dass wir unseren Anteil an dem Konflikt haben. Wir stehen nicht als neutrale Beobachter da und schauen, was zwei Konfliktparteien machen. Wir als Deutsche und Europäer müssen uns klarmachen, dass wir in den Konflikt verwoben sind. Nicht nur dadurch, dass die in den letzten eineinhalb Jahrtausenden immer wieder aufflammende Verfolgung der Juden in Europa in besonderer Weise im Holocaust, der Verfolgung durch die Nazis in den Jahren 1933 bis 1945 kulminiert ist und von daher sozusagen der Nahost-Konflikt, der Israel-Palästina-Konflikt, auf unseren Straßen begonnen hat. Durch die massenhafte Einwanderung der Juden nach Palästina infolge des Holocausts ist es viel schwieriger gewesen, im Land einen gemeinsamen Weg zwischen Juden und Palästinensern zu entwickeln.

Das Zweite ist das Verständnis von Nation, das sich in Europa im 19. Jahrhundert herausgebildet hat und das wir nun im Nahen Osten wiederfinden, sowohl bei den Israelis als auch bei den Palästinensern. Transportiert hat das Theodor Herzl mit seinem Buch „Der Judenstaat“. Eigentlich ist es aus den geistesgeschichtlichen Zusammenhängen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts heraus geschrieben. Hier wird einmal Staat und Nation in eins gesetzt und eine Nation soll möglichst ethnisch rein sein. Das war eine neue Entwicklung. Bis dahin war es durchaus üblich, dass verschiedene Völker in einem Staat zusammenlebten. Das galt zum Beispiel für Deutschland und für Österreich-Ungarn. Diese unselige Entwicklung, dass wir in Europa einen völkischen Nationalbegriff entwickelt haben, finden wir jetzt auch im Nahen Osten wieder, quasi als europäischen Export. Deswegen sage ich: Die Sachlage ist total kompliziert, aber wir stecken als Europäer und Deutsche mittendrin. Darum haben wir auch eine Verantwortung für das, was in Israel-Palästina passiert: betend, ratend und helfend. Wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, was zu einer Lösung dieses Konflikts beizutragen vermag.

Vielen Dank für das Gespräch! Die Fragen stellte Johannes Weil

**Reaktion auf Vortrag von Bischof Dr. Abromeit zum Israel-Palästina-Friedensprozess**  
**Statement der Nordkirche: Klare Haltung gegen jede Form von Antisemitismus**

<https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten-detail/nachricht/statement-der-nordkirche-klare-haltung-gegen-jede-form-von-antisemitismus/>

05. August 2019 von Stefan Döbler

Schwerin. Die Erste Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) bekräftigt die klare Haltung der Nordkirche gegenüber jeglicher Form von Antisemitismus. Anlass sind aktuelle Medienberichte und öffentliche Diskussionen im Zusammenhang mit einem Vortrag des Greifswalder Bischofs Dr. Hans-Jürgen Abromeit (Sprengel Mecklenburg und Pommern) am 1. August in Bad Blankenburg im Rahmen der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz in Deutschland.

Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt als Vorsitzende der Kirchenleitung der Nordkirche und Bischof Gothart Magaard (Sprengel Schleswig und Holstein) als erster stellvertretender Vorsitzender erklären dazu: „Es handelt sich bei dem Vortrag von Bischof Dr. Abromeit um seine persönliche Meinungsäußerung. Der Vortrag stellt keine Stellungnahme oder Positionsbeschreibung der Nordkirche dar.“

Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und Bischof Magaard unterstreichen zudem: „Die Nordkirche widerspricht klar und entschieden jeder Form von Antisemitismus. Sie bejaht und unterstützt uneingeschränkt das Existenzrecht und die Sicherheit Israels. Im jüdisch-christlichen Dialog setzt sie sich aktiv für die Versöhnung zwischen Christen und Juden ein. Sie hofft auf eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die damit verbundenen Friedensbemühungen. Als Nordkirche unterhalten wir seit langem partnerschaftliche Beziehungen zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL). Die Nordkirche unterstützt dabei auch Organisationen und Initiativen, die sich für Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen, wie zum Beispiel die Initiative ‚Parents Circle – Families Forum‘. Diese Positionen teilt auch Bischof Abromeit.“

Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt hat in ihrem Urlaub Medienberichte zum Vortrag von Bischof Abromeit zur Kenntnis genommen: „Ich bin bestürzt und bedaure zutiefst, dass Ausführungen von Bischof Abromeit offenbar Anlass für Interpretationen gegeben haben, die die klare Haltung der Nordkirche gegen jede Form von Antisemitismus in Zweifel gezogen haben. Ich halte Begrifflichkeiten wie ‚Überidentifikation mit Israel‘ für völlig unangemessen.“

Ausdrücklich verweist die Landesbischöfin auf die im Jahr 2017 von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und der Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) veröffentlichte Positionsbestimmung „Antisemitismus. Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können“: „Hinter den darin wiedergegebenen Aussagen steht die Nordkirche ohne jedes Wenn und Aber.“

Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und Bischof Magaard betonen zudem: „Bereits in ihrer Verfassung bezeugt die Nordkirche ‚die bleibende Treue Gottes zu seinem Volk Israel‘ und ihre bleibende Verbundenheit mit ihm ‚im Hören auf Gottes Weisung und in der Hoffnung auf die Vollendung der Gottesherrschaft‘. Die Nordkirche stellt sich der Schuld, die einzelne Christen und die evangelische Kirche als Institution gegenüber Menschen jüdischen Glaubens durch aktive Unterstützung des NS-Regimes oder durch Schweigen auf sich geladen haben, und beteiligt sich

aktiv an der Aufarbeitung von Mitverantwortung und Mittäterschaft von Christen an der millionenfachen Ermordung von Menschen jüdischen Glaubens in der Shoah."

### **Antwort auf die Stellungnahme von Martin Breidert**

Sehr geehrte Frau Bischöfin Kühnbaum-Schmidt,

es ist erschreckend, wie wenig Sie und Ihre Kirchenleitung imstande sind, die Äußerungen Ihres Kollegen Abromeit fair zu würdigen.

Ihm geht es um die Situation der Palästinenser. Von der wissen auch Sie ein wenig durch die Beziehungen zur Partnerkirche ELCJHL. Stattdessen schreiben Sie nur gebetsmühlenartig Antisemitismus, Antisemitismus, ohne den Begriff zu definieren, und verweisen auf den christlich-jüdischen Dialog. Damit sind Sie so unfähig wie Hannah Lehming, Ihre Beauftragte für den christlich-jüdischen Dialog, angemessen auf den Konflikt zwischen Israel und dem seit 52 Jahren besetzten Palästina zu reagieren, der kein religiöser ist, sondern es geht um einen völkerrechtswidrigen Landraub, unter dem Christen wie Muslime gleichermaßen leiden, wie die Kairos-Palästina-Erklärung "Die Stunde der Wahrheit" hinreichend bezeugt. Weder Hannah Lehming noch die EMOK noch sonst eine Kirche der EKD waren bereit, auf diesen schon vor 10 Jahren erschienen befreiungstheologisch inspirierten Hilfeschrei zu reagieren. Die evangelische Kirche zog und zieht arrogant an dem am Boden Liegenden vorüber (Lukas 10, 29ff). Stattdessen antworten Sie mit den üblichen theologischen Floskeln.

Ob es unseren evangelischen Kirchenoberen jemals gelingen wird, aus ihrem Schneckenhaus des christlich-jüdischen Dialogs herauszukriechen und die beängstigende Situation der Palästinenser nicht nur wahrzunehmen, sondern sich für ihre Menschenrechte einzusetzen, statt sich in der üblichen deutschen Selbstbezogenheit zu ergehen?

Ich empfehle Ihnen, nicht nur Konsultationen mit der ELCJHL und mit jüdischen Gesprächspartnern zu pflegen, sondern sich einmal in dem seit 52 Jahren von Israel besetzten Palästina vor Ort umzusehen und die facts on the ground sowie die menschenrechtliche Situation für die Palästinenser zu erleben.

Nicht nur Amnesty International hat immer wieder darüber berichtet, sondern ebenso der UN-Menschenrechtsrat, die UN-Organisation UN OCHA OPT, Unicef und Human Rights Watch. Sogar das sonst zurückhaltende IKRK kritisierte die Missachtung des humanitären Völkerrechts. Die Sonderberichterstatter der UNO für die Occupied Palestinian Territory, Richard Falk und Michael Lynk, haben in ihren Berichten die permanente Missachtung der Menschenrechte durch Israel angeprangert.

Die einstimmige Res. 2334 des UN-Sicherheitsrats vom 23.12. 2016 verurteilt die Siedlungen wegen Verletzung der IV. Genfer Konvention, Art. 49, als völkerrechtswidrig. Der Internationale Gerichtshof äußerte am 9.7. 2004 in einem Gutachten, dass der Bau der Mauer, soweit er sich auf palästinensischem Gebiet befindet, völkerrechtswidrig ist. Der Bundestag hatte am 1.7. 2010 in einer einstimmigen Resolution, also mit Stimmen der Fraktion der Grünen, die sofortige Beendigung der Blockade des Gazastreifens gefordert.

Sollen all diese menschenrechtlich und völkerrechtlich skandalösen Gravamina mit dem Begriff der "Sicherheit Israels" und mit dem Vorwurf des Antisemitismus beiseitegeschoben werden? Menschenrechte und Völkerrecht scheinen die Nordkirche nicht zu interessieren. Mein verstorbener väterlicher Freund Helmut Simon hatte immer wieder von einer "Rechtsvergessenheit im Protestantismus" gesprochen und geschrieben. Immerhin war er Richter am Bundesverfassungsgericht und Präsident des DEKT.

Ich erlaube mir, diese Mail an viele MitstreiterInnen zu senden, die teils noch in der Kirche sind und sich teils von ihr enttäuscht abgewandt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Breidert